



DURCHBLICK



Nr. 189 - Oktober 2015

Nachrichten der Seniorenvertretungen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Gesetzgeber soll Pflege-Selbstverwaltung endlich auflösen

Werner Kollnitz, Reinhard Leopold und Michael Thomsen haben in einem offenen Brief an Gesundheitsminister Hermann Gröhe den Referentenentwurf zum Pflegestärkungsgesetz II scharf kritisiert. Der bestehende Pflegenotstand werde damit nicht beseitigt.

Werner Kollnitz hat fast 30 Jahre selbst in der Pflege gearbeitet und engagiert sich seit Jahren für eine menschenwürdige Pflege (www.menschenwürde-in-der-altenpflege.de). Reinhard Leopold hat seine Eltern viele Jahre in Heimen begleitet, war viele Jahre als sog. Bewohnerfürsprecher (externer Interessenvertreter von Heimbewohnern) von der Heimaufsichtsbehörde bestellt und gründete 2006 die unabhängige Selbsthilfe-Initiative "Heim-Mitwirkung" (www.heim-mitwirkung.de). Michael Thomsen hat als Fachkrankenpfleger für Geriatrische Rehabilitation und als Heimleiter gearbeitet. Heute wirkt er als Fachautor und bietet Einrichtungen der stationären Altenhilfe und für Fortbildung und individuelle Beratung an (www.altenpflege-experte.de).

Die Hauptkritik der drei Pflege-Aktivisten richtet sich gegen die Pflegeselbstverwaltung. Sie setzt sich zusammen aus den Pflegekassen, Sozialhilfeträgern und Trägerverbänden (Diakonie, Caritas, AWO, DRK, Parität, ZWIST) sowie aus dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Leistungen (BPA). In dieser Zusammensetzung des Gremiums, so konstatieren die Kritiker, seien die Verhandlungen in erster Linie kostenorientiert und nicht qualitätsorientiert. Hinzu komme, dass für diejenigen, die die Leistungen zu zahlen haben, sowie für diejenigen, die in der Pflege arbeiten, weder ein Mitsprache- noch ein Mitentscheidungsrecht vorgesehen sei. Die sich häufenden negativen Berichte von pflegebetroffenen Menschen und Medien belegten deutlich die Probleme im Pflegebereich. Selbst die Niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt hat in Pressemitteilungen die Rahmenbedingungen in der Pflege als skandalös bezeichnet.

Sie werfen der bisherigen Pflegeselbstverwaltung vor, sie sei in der Vergangenheit ihrer Verpflichtung nach §75 Sozialgesetzbuch 11 (SGB XI) nicht in ausreichendem Maße nachgekommen und habe nicht für eine menschenwürdige Pflege gesorgt. Sie habe kläglich versagt und müsse deshalb aufgelöst werden. Der Gesetzgeber habe nun die Pflicht, die Angelegenheiten gesetzgeberisch neu zu regeln. Ziel dabei müsse sein, dass wieder mehr Menschen gerne und langfristig im Pflegebereich arbeiten wollen und können. Sie müssten z.B. ausreichend Zeit für ihre wertvolle Arbeit haben. Dazu seien deutlich bessere, verbindliche, bundeseinheitliche und nachprüfbare Personalschlüssel notwendig. Dies sei aber in dem neuen Gesetz nicht vorgesehen.

Mit der Forderung, die Pflegeselbstverwaltung aufzulösen, stehen die drei engagierten Kritiker nicht alleine da. Den offenen Brief an Gesundheitsminister Gröhe haben namhafte Einzelpersonen und Organisationen mitunterzeichnet. Ihre Forderungen unterstützen unter anderem die *Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen* (BIVA), die *Bürger Initiative Gesundheit e.V.*, der *Betreuungsverein Bremerhaven e.V.*, der *Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe* (DBfK-Nord-West), der *Pflege-Selbsthilfeverband e.V.*, das *Pro-Pflege-Selbsthilfenetzwerk*, der Münchner Pflegekritiker Claus Fussek sowie weitere Einzelpersonen.

(Quelle: Pressemitteilung heim-mitwirkung.de, Bremen, 18.August 2015)

Der **Durchblick** ist erstmals im Dezember 1999 auf Initiative des Gründungsmitglieds Fritz Bauchwitz erschienen.

Der vorliegende **Durchblick** ist eine Jubiläumsausgabe: die 100. Ausgabe unseres jetzigen Redakteurs Gerd Feller.

Der Dank der Seniorenvertretung gilt Herrn Feller für sein so umfangreiches und ehrenamtliches Engagement.

Der Vorstand der Senioren-Vertretung in der Stadtgemeinde Bremen

Als Tandem, mit Neugierde, Mut und einem guten Konzept auf einem spannenden Weg ins Internet

Es ist aufregend mitzerleben, wie sich die 15 Seniorinnen und Senioren der Stiftungsresidenz Luisental unter der behutsamen Anleitung des Schulungsleiters Benjamin Walter die digitale Welt erobern: Selfies machen, im Internet surfen, E-Mails schreiben oder skypen mit einem Tablet - vor ein paar Wochen wäre dies für die meisten Teilnehmer des **Vera - Projektes** undenkbar gewesen, heute ist es fast schon Routine.

Vera steht für: **ver**netzt und **aktiv**. Es ist der Name einer interaktiven digitalen Informationsplattform, die für die Bewohnerinnen und Bewohner der Bremer Heimstiftung entwickelt wurde. Den Zugang zu dieser Plattform erhalten interessierte Bewohner/innen in acht Häusern der Heimstiftung über einen eigenen Tablet - PC, der Ihnen zur Verfügung gestellt wird. Die Internetplattform wurde von dem Oldenburger Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Informatik nach der Projektidee der Bremer Heimstiftung entwickelt. Für diese Idee wurde die Stiftung 2013 mit dem AOK – Leonardo, dem Gesundheitspreis für digitale Prävention, ausgezeichnet. Das Projekt wird seitdem durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Die seniorengerechte auf dem Minicomputer installierte Startseite des **Vera – Programms** erleichtert den Senioren/innen den Zugang zur digitalen Welt. Durch diese einfache Technik sollen sie motiviert werden, körperlich, geistig und sozial aktiver zu werden, um so Lebensqualität, Teilhabe und Gesundheit zu verbessern.



Die Startseite des **Vera – Programms** ist unterteilt in sechs größere und zwei schmalere Felder sowie den Aktivitätsindex, auf dem ein kleines orangefarbenes Männchen, die in der jeweiligen Woche geleisteten Aktivitäten anzeigt. Durch eine leichte Berührung der Felder wird die gewünschte Funktion gestartet. Zum Beispiel der Kalender, Informationen im Haus, der näheren und

weiteren Umgebung, im Internet surfen und das Herzstück von **Vera** „Meine Gesundheit“. Hier finden die Bewohner/innen Bewegungsvideos zum Mitmachen, Gehirnjogging sowie die Möglichkeit, die eigenen Aktivitäten zu dokumentieren. Da werden natürlich bei jedem Treffen der Teilnehmer/innen die Aktivitäten untereinander verglichen und diskutiert. „Der Vergleich mit den anderen spornt die Senioren an und motiviert sie, noch ehrgeiziger zu sein“, erklärt Benjamin Walter. Zusätzlich können selbstverständlich die „normalen Funktionen“ des Minicomputers mit den Angehörigen und Freunden genutzt werden, z.B. E-Mails senden und empfangen, mit der Kamera fotografieren oder skypen.

Im März 2015 startete das Schulungsprogramm für die Bewohner/innen in der Stiftungsresidenz Luisental in sorgfältig zusammengestellten „kleinen Schritten“ ohne jede Überforderung. Dieses Konzept wurde von Betreuern, bestehend aus Schüler/innen, Studierenden und Ehrenamtlichen, unterstützt. Es wurden gut harmonisierende Tandems aus Bewohnerinnen/Bewohnern und Betreuern gebildet. Vertieft wurde jede der elf Schulungseinheiten durch Hausaufgaben und Wiederholungen. Besonders enthusiastisch wurden alle Funktionen der Kamera ausprobiert. Es gab Selfies mit und ohne Tandempartner, Fotos der Nachbarn, Blumen und Bäume, kleine Videos wurden gedreht und viel Gelächter bei den Selfies, bis ein Foto gut genug war. Anschließend wurden Mails mit den Bildern im Text oder als Anhang an die Tischnachbarn verschickt.

Freude am Lernen und Ausprobieren motivierte alle 15 Teilnehmer/innen dabeizubleiben. Nach der Schulung kommen viele von ihnen mit einigen ehrenamtlichen Betreuern zum **Vera – Clubtreffen** mittwochs nachmittags zusammen, um zu fachsimpeln, weiterzulernen und zu diskutieren. Inzwischen ist der Tablet – PC für viele der Senioren/Seniorinnen zu einem selbstverständlichen Helfer für mehr Teilhabe und mehr Kontakte auf Augenhöhe mit der jüngeren Generation geworden. Dies macht sie stolz und selbstbewusster. Für mich als Betreuerin war es eine Bereicherung, an dieser Entwicklung teilzunehmen.

Birgit Maass

Gesundheit

Der Gesetzgeber hat sich längst aus der gesundheitspolitischen Verantwortung verabschiedet

Das Leistungsrecht für Gesetzlich Versicherte basiert auf Regelungen, die von den Selbstverwaltungsorganen umzusetzen sind. Der
(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

politische Gesetzgeber hält sich aus den Anspruchsrechten der Versicherten in der Krankenversorgung für Diagnostik und Therapie heraus. Die Einzelrechte der Patienten/Versicherten werden definiert im „Gemeinsamen Bundesausschuss Ärzte/Krankenkassen/Krankenhäuser“, also auf der Interessenebene der Funktionäre. Auch alle daraus resultierenden Vergütungen und Honorare regeln die Selbstverwaltungsorgane in „eigener Verantwortung“. Nur auf der Einnahmenseite der Krankenkassen werden die Beitragszahler vom Gesetzgeber herangezogen. Ausgeschmückt wird diese Verpflichtung des Beitragszahlers mit der Etikette des bestehenden Wettbewerbs. Soll heißen, das Kassenmitglied kann frei entscheiden, in welcher Höhe es den Zusatzbeitrag einer Krankenkasse akzeptiert. Diese sind zwar nur marginal zwischen 0,3% und 0,8% unterschiedlich, aber wenn Kündigungsfristen eingehalten werden, kann der Beitragszahler die Kasse wechseln. Wer macht das schon aus dem genannten Grund!

Aus der Verantwortung hat sich der Gesetzgeber auch verabschiedet: Er regelt in Wirklichkeit nicht, wieviele Ärzte sich in den Städten und Gemeinden niederlassen dürfen. Es bestehen zwar Grundsätze der Bedarfsplanungen als Vorschrift für die Entscheider der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und Krankenkassen, sie werden aber ohne Rücksicht auf Einhaltung allseits unterlaufen. Resultat ist heute, dass in den ländlichen Gebieten die Hausärzte fehlen und in den Städten an jeder Ecke ein Facharzt oder Hausarzt zu finden ist. Natürlich hat die Bundesregierung das Problem erkannt und hat Empfehlungen für die Selbstverwaltungsorgane ausgesprochen! Nirgendwo sind aufgrund der butterweichen „Empfehlungen“ Resultate im Sinne der Patienten/Versicherten zu erkennen. Die KV und die Krankenkassen verhandeln aus ihrer Sicht die finanziellen Konsequenzen, die in der Regel sich nicht zum Vorteil der Versicherten und Beitragszahler auswirken. Als Kenner der Materie frage ich mich, aus welchen Gründen das Bundesgesundheitsministerium und die 16 Länderministerien eine gewaltige Anzahl von Bürokraten beschäftigt. Substantielle Leistungen in der Krankenversorgung werden dort jedenfalls nicht getroffen. Die Übernahme politischer Verantwortung sieht jedenfalls anders aus.

Günter Steffen

Neuer Patientenpass beim Zahnarzt

Neben dem „Bonusheft“, das ständiger Begleiter beim Zahnarztbesuch sein sollte (ein Eintrag pro Jahr fortlaufend bringt einen finanziellen Bonus bei der Versorgung mit Zahnersatz) sollte ein jetzt von der Kassenzahnärztlichen

Vereinigung (KZV) im Lande Bremen der Öffentlichkeit vorgestellter „Patientenpass für Ältere, Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige“ zusätzlich genutzt werden. Die Pässe werden in den zahnärztlichen Praxen vorgehalten und können dort nachgefragt werden.



Für eine zahnärztliche und pflegerische Betreuung von älteren Patienten, Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftigen sind Informationen über zahnmedizinische Vorbehandlungen, bestehende Versorgung mit Zahnersatz, Informationen zu Allgemeinerkrankungen und Medikationen mit Auswirkungen auf den Bereich des Mundes und der Zähne von großer Bedeutung. All dieses findet Platz in dem neuen Pass.

Bei Änderung der Lebensumstände, zum Beispiel bei einem Umzug in ein Altersheim oder in eine Pflegeeinrichtung, gehen diese Informationen manchmal verloren. Die KZV will mit dem neuen Patientenpass wichtige zahnmedizinische und andere Hinweise, die für eine weitere Betreuung der Betroffenen von Wichtigkeit sind, auf einfache Art verfügbar machen und damit eine zuverlässige Hilfestellung für das Pflegepersonal und den betreuenden Zahnarzt und Arzt geben.

Der Patientenpass wird zunächst in einer Start-Auflage an die Praxen in Bremen und Bremerhaven verteilt und kann entsprechend der Nachfrage bei der KZV nachbestellt werden. Mit diesem Angebot soll eine kommunikative Lücke in der Patientenversorgung geschlossen werden.

Dr.D.Mittermeier, Vorsitzender KVZ Bremen

Anmerkungen der Redaktion: Der DURCHBLICK hat in der Vergangenheit schon mehrfach auf solche besonders in Notfallsituationen nützlichen Unterlagen hingewiesen. Erinnerung sei z.B. an die Liste in der „Notfalldose“ (www.notfalldose.de)

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

oder an die Checkliste der Patienteninitiative „Ambulante Versorgungsbrücken e.V.“ zur Vorbereitung eines Krankenhausaufenthalts. Mit dem Patientenpass der KZV können die allgemeinmedizinischen Informationen durch die zahnärztlichen ergänzt werden. Beide zusammen sind dann auch wertvolle Hilfen für Angehörige und andere betreuende Personen von älteren, nicht mehr alltagskompetenten Menschen.

Die Wurzel des Übels ist oft das Übel an der Wurzel.

Prof.Dr.med.Gerhard Uhlenbrock

Zur Diskussion gestellt

von Gerd Feller

Automaten statt Ansprechpartner in Filialen der Sparkasse?



Aus Anlass des 190.Geburts-tags der Sparkasse in Bremen brachte das regionale Fernsehmagazin „Buten un binnen“ am 31.08.2015 einen Beitrag, der sich im Wesentlichen mit der Frage beschäftigte, welchen Einfluss und welche Macht dieses Unternehmen inzwischen in Bremen besitzt. Es ist nicht zu leugnen, dass die Sparkasse sehr viel zur Entwicklung der Wirtschaft und Kultur in Bremen beigetragen hat. Aber der Gründergeist von 1825 scheint bis auf wenige Reste verschwunden zu sein.

Ursprünglich wurde dieses Institut für alle Bürger/-innen der Stadt gegründet, damit sie ihr Geld sicher anlegen konnten. Im Laufe der Zeit kam es zur Einrichtung eines dichten Filialnetzes. So war die Sparkasse, auch was die Standorte betraf, eine bürgernahe Institution. Die zahlreiche Präsenz von Ansprechpartnern in den Ortsteilen war im Vergleich mit anderen Banken ein großer Wettbewerbsvorteil. Daran hat sich aber leider in jüngster Zeit einiges geändert.

Die Milliardenumsätze der Sparkasse lassen sich heute wohl nicht mit Giro- und Sparkonten und Kleinkrediten der „einfachen“ Bremer Bürger/innen erreichen. Dafür muss man auf anderen Märkten arbeiten, was auch absolut verständlich ist. Es scheint aber dem Bericht zufolge der Sparkasse gut zu gehen.

Gerade deshalb stellt sich die Frage, warum die Chefetage der Sparkasse den bereits in den letzten Jahren spürbaren Schwund der Filialen weiter betreiben und damit Wettbewerbsvorteile aufgeben und den ursprünglichen Anspruch auf soziales Engagement schmälern will. Nur wegen

der unseligen Wachstumsideologie, die allmählich unsere Demokratie zu gefährden beginnt, weil sie den „einfachen“ Menschen aus dem Blick verliert?

Da reden alle vom demografischen Wandel und der zunehmenden Zahl älterer Menschen. Wer bildet den größten Teil unter ihnen? Die „Generation Spargbuch“, die Menschen, die nicht so viel verdienen, dass sie an den Investmentgeschäften der Großbanken teilnehmen können. Für diese Kunden lässt das Einkommen nur kleine, risikolose Rücklagen auf einem Spargbuch für besondere Ausgaben zu. Und diese „Generation Spargbuch“ wird bei dem kapitalistischen Charakter unserer Wirtschaft nicht aussterben, sondern anwachsen. Die Großbanken nehmen schon jetzt den Kleinkunden nicht mehr ernst, sondern nehmen ihn aus. Sie arbeiten mit unserem Geld, wir bedienen die Automaten, und erhalten dafür, dass wir der Bank Geld überlassen und deren Arbeit mitmachen, extrem niedrige Zinsen und zahlen durch Gebühren noch drauf. Ein tolles, unverschämtes System, oder?

Und die Sparkasse mit ihrer Bürgernähe? Sie plant weiter die Schließung von Filialen in den Stadtteilen und damit den Abbau ihrer Versorgungsinfrastruktur, gibt die Nähe zum Kunden auf und reduziert den Kundendienst.

Manche Leute loben das online-banking, und viele finden sich auch am Automaten zurecht, sofern dieser einen freundlichen technischen Charakter besitzt und funktioniert. Aber die Erfahrungen zeigen, dass diese Formen, Bankgeschäfte abzuwickeln, altersbedingt immer schwieriger werden, vor allem, wenn Sehfähigkeit und Gedächtnis nachlassen. Die Probleme nehmen selbst dann zu, wenn die Menschen den Umgang mit dem PC und Internet jahrelang gepflegt haben. Getopt wird alles, wenn die Automaten nicht funktionieren, wenn sie Überweisungsträger nicht mehr herausgeben oder die Bankkarte einbehalten. In dieser Situation wächst der Ärger und gewinnt das Gespräch am Schalter wieder an Bedeutung.

Bei der Sparkasse kommt erschwerend hinzu, dass man bisher bestimmte alltägliche Aktionen gar nicht per Automaten abwickeln kann, z.B. Überweisungen vom Spargbuch aufs Girokonto oder Barabhebungen vom Spargbuch. Da muss man aufgrund des Personalabzugs den Ansprechpartner dort aufsuchen, wo in einem Sparkassenraum noch einer vorhanden ist. Besonders für behinderte und ältere Menschen bedeutet das in der Regel längere, beschwerliche, teils kostspieligere Wege und Vertrauensverlust, weil man das Personal nicht mehr so gut kennt, und insgesamt Unzufriedenheit. Beim heutigen Finanzgebahren der Bankinstitute fühlt man sich dabei über den Tisch gezogen.

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

Wenn die Sparkasse wirklich weitere Filialen schließt, ohne vorher eine gründliche Standortanalyse durchzuführen, die auch die Interessen der Kunden berücksichtigt, z.B. die Probleme von Älteren und Behinderten, wird die Sparkasse für die Klientel, der sie nach den ursprünglichen Grundsätzen ein besonderes Interesse entgegenbringen sollte, fragwürdig und überflüssig. Die betroffenen Kunden können sich mit den gleichen Probleme dann auch bei anderen näher angesiedelten Geldinstituten herumschlagen, sparen dabei wenigstens noch längere Wege und haben vielleicht sogar einen Bankschalter mit Ansprechpartner. Man sollte dann mit dem Wechsel der Bank nicht länger zögern.

Verluste von Wettbewerbsvorteilen, von Vertrauen und von Kunden sollten der Sparkasse nicht egal sein. Sie muss zwar zeitgemäß operieren, sollte dabei jedoch nicht so rücksichtslos vorgehen, wie es bei vielen Großbanken inzwischen üblich geworden ist.



*Aus der
Senioren-Vertretung
in der Stadtgemeinde
Bremen*

ZOB in der Endlosschleife

Der Bremer Zentral-Omnibus-Bahnhof (ZOB) ist weiterhin Gegenstand der öffentlichen Diskussion. So erschien im Weser-Report vom 19.08.2015 ein Artikel, der auf die teils katastrophalen Verhältnisse des Provisoriums am Breitenweg hinweist.

Nicht nur die Busreisenden, sondern auch die Anwohner beschwerten sich zunehmend über die augenblicklichen Zustände. Besonders wird von ihnen kritisiert, dass

- für die zunehmende Zahl der Busreisenden beim Ein- und Aussteigen kaum genügend Platz und etliche Gefahren durch den fließenden Verkehr bestehen,
- ausreichende Informationsquellen zu den Abfahrtszeiten und sonstigen Reisebedingungen fehlen,
- dort kein Angebot von Toiletten existiert,
- niemand von den Toiletten vor dem Cinemaxx weiß,
- sich der Müll ausbreitet und
- sogar an die Hauswände gepinkelt wird.

Wer als Anlieger das Fenster öffnet, muss sich auf Lärm, Zigarettensqualm oder Uringestank einstellen. Ein herrlicher Empfang für Bremens Touristik-Gäste, oder?

Die im o.a. Artikel des Weser-Reports zitierte Aussage des Sprechers des Verkehrs-senators, Jens Tittmann, zur Situation am ZOB, dass auch bei Einigung über die Grundstücksfragen über Nacht kein neuer ZOB aus dem Boden gestampft werden könne, spricht für die bisherige Untätigkeit und wohl auch Unfähigkeit der Verantwortlichen in der Verkehrsbehörde, zumindest was den ZOB betrifft.

Seit mehr als zehn Jahren beschäftigt das Thema die Bremer Seniorenvertretung. Schon 2002 hatte sie nach Auflösung des Standorts des **Zentralen-Omnibus-Bahnhofs** vor dem Überseemuseum und dem Hauptbahnhof eine Petition bei der Bremischen Bürgerschaft gegen die Notlösung am Breitenweg und für die Rückverlegung an den alten Standort eingereicht, weil wir die Situation für die Reisenden beim Umsteigen am Breitenweg u.a. für sehr gefährlich und die Infrastruktur dort für völlig unzureichend hielten. Die Petition wurde 2003 zurückgewiesen.

Unsere Argumente wurden beiseite geschoben. Inzwischen haben sie sich alle als richtig bestätigt. Belegt wird das durch zwei Gutachten, die der Verkehrssenator 2009 und zuletzt 2014 in Auftrag gab. Sowohl die jeweilige Regierungskoalition als auch die Opposition haben es in 13 Jahren nicht geschafft, das Problem ZOB zu lösen.

Die Seniorenvertretung hat nicht nur protestiert, sondern auch nach alternativen Standorten gesucht. Eine Rückverlagerung auf den ehemaligen Standort erschien aussichtslos, weil die Partei der Grünen die Wiese vor dem Bahnhof erhalten wollen. Das Investorengrundstück vor dem Bahnhof ist verkauft. Das Haus des Verkehrs-senators nahm abseits gelegene Standorte am Bahnhof Mahndorf oder am Flughafen ins Visier. Damit hätte der ZOB seine Zentralität verloren. Ein zügiges und barrierefreies Umsteigen in die unterschiedlichen Verkehrsträger (DBAG, Reise- und Fernbusse, BSAG) an zentralen Verkehrsknoten wäre nicht mehr möglich gewesen. Die Seniorenvertretung schlug 2013 letztlich das Gelände zwischen dem UNIVEG-Gebäude (ehemals Fruchthof) und dem Güterbahnhof vor, weil dort unsere Forderung an einen attraktiven ZOB erfüllt werden könnte, nämlich eine zentrale, sichere, barrierefreie, leicht erreichbare und mit dem ÖPNV eng vernetzte Lage zu haben.

Das ist schon wieder zwei Jahre her. Und nun, wie vorausgesagt, eskaliert die Situation am Breitenweg. Die SV hält es für eine Schande, dass den Bremer Gästen zum Aus- oder Umsteigen ein solches unzumutbares Provisorium angeboten wird. Unter diesen Umständen kann man den Busreisenden nur empfehlen, sitzen zu bleiben und weiterzufahren. Das kann nicht im Sinne der

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

Bremer Bürger/-innen sein.

Angesichts des auch zukünftig noch wachsenden Fernbusverkehrs fordert die Seniorenvertretung Bremen den Senat auf, endlich eine zeitnahe und sachgerechte Lösung für den Standort ZOB durch- und umzusetzen. **Gerd Feller**

Altersarmut

Wann werden endlich die Ursachen angepackt?

Seit mehr als fünf Jahren wird in Politik, Medien und Öffentlichkeit über das Thema Armut und insbesondere Kinder- und Altersarmut geredet und geschrieben, auch in Bremen. Im Wesentlichen wird dabei immer wieder auf alarmierende Studien über das hohe Armutsrisiko in unserem Bundesland hingewiesen, werden Zahlen aus Statistiken zitiert und Vergleiche zur sozialen Struktur und zur Lebensqualität in Stadtteilen gezogen. Außerdem finden sich Mahnungen, dass sich bei der Altersvorsorge etwas ändern müsse. Als Voraussetzung zur Vermeidung von Altersarmut werden meistens eine gute Schulbildung, eine geregelte Beschäftigung und der Abschluss einer betrieblichen oder privaten Altersvorsorge genannt. Richtig! Aber vieles davon funktioniert nur, wenn alle Beteiligten ernsthaft mitspielen. Liest man in der Presse (vgl. Weser-Report v.26.08.15,S.1), dass eine senatorische Dienststelle notleidenden Rentnern empfiehlt, sie sollten sich in Begegnungsstätten helfen lassen oder öfters mal Zuschüsse für Seniorenreisen nutzen, scheint es an der Bereitschaft zu ernsthafter Problemlösung zu mangeln.

Mit solchen Ratschlägen lässt sich das Armutsproblem nicht lösen. Gewiss, jeder ist letzten Endes für sein Leben verantwortlich und muss zu seinem Wohlergehen auch selbst beitragen. Aber wenn die Umstände ihm keine Chance dazu lassen, sollte die Solidargemeinschaft dafür sorgen, dass alle eine Chance erhalten. Stattdessen wird lieber an Symptomen herumgedockert.

Die Bremer Seniorenvertretung fordert schon lange, endlich die eigentlichen Ursachen der Altersarmut gründlicher zu diskutieren, durchgreifende Lösungen zu erarbeiten und diese konsequent umzusetzen. Es geht um bisher verweigerter grundlegende Verbesserungen in der Altersvorsorge (z.B. zur Sicherung des Lebensstandards), um nachhaltige Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt (z.B. Ausbau des Mindestlohns, Verzicht auf Tarifunterlaufungen, Abbau von Leiharbeit, Gewährleistung eines optimalen Arbeitsschutzes, ausreichende Gesundheitsvorsorge, betriebliche Weiterbildung) und um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Vermeidung von Altersdiskrimi-

nierung im Arbeitsleben (z.B. gleiche Löhne für Frauen und Männer, flexibler Renteneinstieg).

Die Seniorenvertretung ist der Meinung, dass der ständige Faktencheck und das anhaltende Jammern und Klagen nicht mehr ausreichen. Es liegt auch besonders im Interesse der jüngeren Generationen, dass die zuständige Sozialpolitik und die Medien das Kernproblem der „Armut“ ernsthaft anfassen, nämlich den Wandel von der einst angestrebten sozialen Marktwirtschaft zum rücksichtslosen Kapitalismus, der weitgehend für die prekären Arbeitsmarktverhältnisse verantwortlich ist. Hier liegen die eigentlichen Ursachen. Mit besserer Bildung allein lässt sich Armut nicht verhindern. Das belegen die für Wissenschaft und Industrie ausgebildeten Fachkräfte, die mit Taxifahren und anderen für sie unterqualifizierten Tätigkeiten Geld verdienen müssen.

Es wäre wirklich an der Zeit, dass Bremen und ebenso die anderen Bundesländer in Berlin Druck machen, damit sich die Bundespolitik endlich damit beschäftigt, die unser Wirtschaftssystem betreffenden „heißen Eisen“ neu zu schmieden. Es müssten zum Wohle aller Bürger/-innen sozial verträglichere Wege und Lösungen gefunden werden. **Gerd Feller**

Datensammlung zur Pflegesituation im Land Bremen

Statistische Daten sollen erfahrungsgemäß mit Vorsicht behandelt und ausgewertet werden. Ist man sich aber des Vorgehens bei ihrer Erhebung bewusst und behandelt man sie dementsprechend, dann können sie uns bei der Darstellung unserer Positionen und bei der Argumentation für oder gegen eine Gegebenheit eindrucksvoll unterstützen.

Der DURCHBLICK hat schon öfters solche statistischen Daten veröffentlicht. Die Reaktionen darauf waren positiv, so auch auf den letzten DURCHBLICK (Nr.188, S.7/8), der allgemeine Daten zur Pflegebedürftigkeit im Land Bremen präsentierte. Anlass war die jüngste Mitteilung des Senats zum Thema „Gute Pflege als Grundlage für ein selbstbewusstes Leben“. In diesem Bericht finden sich auch genauere Angaben zu den Stadtteilen Bremens und Bremerhavens.

Die Redaktion des DURCHBLICK kündigte an, eventuell diese Daten zusammenzufassen und so zu speichern, dass sie schnell ohne Umstände für die Arbeit der Delegierten zur Verfügung gestellt werden können.

Inzwischen wurden auf der Grundlage des aktuell vorliegenden Pflegeinfrastrukturberichts
(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)

die statistischen Daten des Landes Bremen und der Bremer und Bremerhavener Stadtteile zusammengefasst. Nach Möglichkeit soll diese Sammlung je nach Datenlage und Bedarf fortgeschrieben werden. Delegierte, die daran interessiert sind, können die Daten in der Geschäftsstelle einsehen bzw. per Mail abrufen. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Verwendung auf korrekte Quellenangaben geachtet wird. **GF**

Entrümpeln!

Es ist bald wieder soweit: Die Sommergarderobe wird verstaubt. Ist das nicht der richtige Zeitpunkt sich zu trennen? Vielleicht nicht nur von dem blauen Pulli oder dem Wickelkleid? Wir hängen an unseren Sachen. Nicht nur an Kleidungsstücken.

Trennung generell fällt uns häufig schwer, auch wenn der Keller, Dachboden oder die Schränke bereits vollgestopft sind und wir auch all die anderen Dinge nicht wieder angefasst haben. Vieles staubt vor sich hin. Es fällt uns schwer, weil mit jedem Teil Erinnerungen verknüpft sind. Schöne Momente bleiben jedoch, wie die Gefühle an den Tanzabend oder an den Tag als der Unfall passierte. Dafür muss weder der alte CD-Player noch das kaputte Fahrrad aufbewahrt zu werden. Schließen wir die Augen, kommen die Erinnerungen an die Musik und das Geräusch des bremsenden Autos von ganz allein. Die Erinnerungen werden nicht gelöscht.

Entrümpeln heißt auch Ballast abzuwerfen. Nicht nur in der Wohnung, sondern auch in unserem Innern. Vielleicht hilft die Entscheidung, sich von allem zu befreien, was ein Jahr nicht getragen oder genutzt wurde. Neue Energie ist die Folge.

Diese neu gewonnene Freiheit räumt uns die Chance ein, sich für Neues zu interessieren. Das können vielleicht neue Ideen sein, für deren Umsetzung jetzt Zeit ist, oder auch interessante Themen der Seniorenvertretung, an denen man sich gerne beteiligen möchte. Fangen Sie an, Mut gehört nicht dazu.

Elke Scharff

Stadtteilplan Schwachhausen für ältere Menschen

Den eigenen Stadtteil noch einmal neu entdecken. Das können nun die Seniorinnen und Senioren in Schwachhausen. Mit einem eigens für sie entwickelten Stadtteilplan. Etliche der Schwachhauser Seniorinnen und Senioren haben selbst daran mitgewirkt und ihre Wünsche, Ideen

und Tipps eingebracht. Herausgeber sind *edition axent* und das *Projektteam Stadtteilplan für Ältere* in Schwachhausen. Der Beirat Schwachhausen und Ansgar K.H. Matuschak mit seiner GWA Management GmbH haben das Projekt finanziell unterstützt.

Der Schwachhauser Plan ist bereits der sechste in der Reihe „Bremer Stadtteilpläne für ältere Menschen“. Er markiert unter anderem die Standorte von Café-Treffs, Wochenmärkten, Postfilialen, Sportvereinen, Beratungsstellen, Apotheken und Seniorenwohnanlagen. Dabei zeigt sich auch das Besondere des Stadtteils aus Senioren-Sicht: Naherholung und Bewegung im Grünen, Sightseeing und Kultur fast direkt vor der Haustür werden hier besonders geschätzt. Gleichwohl zeigte sich in den Beteiligungsrunden auch, dass vielen Seniorinnen und Senioren die eine oder andere „Ecke“ Schwachhausens weniger bekannt ist. Der Stadtteilplan soll auch als quartiersübergreifender Wegweiser dazu beitragen, Schwachhausen noch besser kennen zu lernen.

Seit Ende 2011 sind Stadtpläne für Gröpelingen, Walle, die Vahr, Huchting und die Neustadt erschienen, ersterer inzwischen in zweiter Auflage. Den Erfolg ihres Konzepts schreiben die Herausgeber in erster Linie der Nutzerbeteiligung zu: „Gerade die Tipps und Ideen der Seniorinnen und Senioren machen den Stadtteilplan authentisch und alltagstauglich.“ Auch das Medium Stadtplan ist bewusst gewählt: Er illustriert anschaulich die Infrastruktur vor Ort und motiviert, diese aktiv für sich zu nutzen. Weitere Stadtteilpläne sind in Planung.

Der Stadtteilplan Schwachhausen ist in Form einer handlichen Broschüre mit integrierter Straßenkarte im Dienstleistungszentrum Schwachhausen-Nord, Kuhlenkampffallee 65a, bei vacances, Hollerallee 13, und in vielen anderen Einrichtungen und Geschäften vor Ort kostenlos erhältlich.

(Pressemitteilung edition axent, Bremen, 20.08.2015)



Ein weiteres Beispiel für die unzureichende Hospiz- und Palliativversorgung in Bremen und umzu?

Seit etlichen Jahren bemüht sich die Bremer Seniorenvertretung wegen des Generationenwandels um den Ausbau einer ausreichenden ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativ-

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

versorgung. Im Rahmen dieser Tätigkeiten unterstützt die SV auch die Aktivitäten von Mark Castens, der bereits mehrfach und auch erfolgreich zu demselben Anliegen Petitionen auf Bundes- und Landesebene eingebracht hat.

Vor wenigen Tagen erreichte ihn ein Telefonat, das erneut zeigt, wie wichtig für schwerst- und sterbenskranke Menschen im ländlichen Raum neben der ambulanten Hospiz- und Palliativversorgung auch ein wohnortnahes stationäres Angebot ist. Die Tochter einer fast 70jährigen Mutter, die über sein Engagement von einem Arbeitskollegen erfuhr, berichtete ihm von dem Leid, das ihre kleine Familie zur Zeit ertragen muss.

Die Fakten: Die Mutter leidet bereits seit einigen Jahren an Krebs und wurde bis vor kurzem in ihrer Wohnung ca. 60km südlich von Bremen von ihrem Ehemann, dem Sohn, seiner Ehefrau, dem ambulanten Palliativdienst und dem ambulanten Hospizdienst betreut. Nun aber hat sich die Situation derart verschärft, dass die Familie überfordert ist und eine stationäre Versorgung notwendig wurde.

Bereits als sich diese Situation ankündigte, machten sich die Angehörigen und Beteiligten auf den Weg und erkundigten sich in ihrer ländlichen Region über einen freien Platz in der Alten- und Krankenpflege, weil es am Wohnort keine stationären Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung gibt. Leider vergeblich, es ließ sich auch beim besten Willen nichts machen.

Nun musste die Mutter in der Terminalphase ihres Lebens ca. 60km vom Wohnort entfernt in ein Zweibettzimmer eines Bremer Krankenhauses verlegt werden, das selbst über kein Angebot der stationären Palliativversorgung verfügt. Gern hätte die Familie sie wenigstens in die Obhut der Palliativstation am Klinikum Links der Weser gegeben, die über zwölf Palliativbetten in Einzelzimmern verfügt. Aber auch hier waren alle Betten belegt. Das ist eine Situation, die eine Familie verzweifeln lässt.

In Niedersachsen stellt sich die Frage, woher die *Hospiz-LAG-Niedersachsen* gegenüber der Politik die Meinung vertritt, dass die Angebote der stationären Hospizversorgung nicht wohnortnah sein müssten. Und auch für Bremen stellen sich Fragen. Inwieweit sollte bei Bremer Planungen zur Hospiz- und Palliativversorgung das Umland berücksichtigt werden? Wie sieht die Bereitschaft der beiden nachbarlichen Bundesländer aus, bei palliativen Versorgungsangeboten zum Wohle der Betroffenen mal endlich zusammen zu arbeiten? Warum sind in Bremen nicht längst an allen Krankenhäusern die palliativen Liaisondienste eingerichtet, die vor 2 Jahren auch von der Gesundheitsbehörde so hoch

gelobt wurden? Geldmangel kann die Ursache für die Untätigkeit nicht sein, solange noch viele hunderttausend Euro für autofreie Sonntage und andere Events ausgegeben werden, die zur Beseitigung von menschlichem Leid nichts beisteuern.

Gerd Feller/Mark Castens

Gestorben wird immer. Darüber gesprochen zu wenig.

Vom **05. bis 20. Oktober 2015** finden die **1. Bremer Hospiztage** mit Lesungen, Filmen, Musik, Informationen, Vorträgen, Puppentheater und Theater statt. Sie werden organisiert vom Hospiz- und Palliativverband Bremen e.V. Anlass ist der diesjährige Welthospiztag am 10. Oktober.

Diese Tage sollen genutzt werden, um in Bremen und Bremerhaven auf die Belange schwerstkranker und sterbender Menschen sowie ihrer Angehörigen aufmerksam zu machen und über die Hospizidee zu informieren.

Die einzelnen Veranstaltungen verteilen sich auf verschiedene Orte. Genauere Informationen zum Programm können unter folgenden Adressen abgerufen werden.

Hospiz- und Palliativverband Bremen e.V.
Riekestraße 2, 28359 Bremen, Tel. 04 21 - 7 94 94 57
www.HPV-Bremen.de
<http://www.lag-hospiz-bremen.de/cms/media/pdf/Bremer-Hospiztage.pdf>

(Pressemitteilung HPV Bremen, 14.09.2015)

Impressum

Landesseniorenvertretung
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z. 14
Bahnhofplatz 29
28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69

E-Mail: Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www.seniorenlotse.bremen.de/seniorenvertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion:
Gerd Feller (V.i.S.d.P)
E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK** erscheint monatlich auch im Internet unter www.seniorenlotse.bremen.de/seniorenvertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.



Bakıcı Topluluk (Caring Community) Konutların gelecekteki tasarımı

Bir eve sahip olma hissi, her yaşta önemlidir, ancak uygun fiyatlı konut eksikliği artmaktadır. Bu gelişmeden, hem genç ve hem de yaşlı insanlar etkileniyor. Fakat ikinci gurup, deneyimler gösteriyor ki daha büyük sorunlar yaşamakta, sadece konutlarda uygun fiyat değil, aynı zamanda erişilebilirlik, yaşam ortamı ve onlar için bakım tesislerine erişilebilirlik daha büyük bir sorun oluyor. Yaşlılar genelde evde gençlerden daha fazla vakit geçiriyorlar. Onlar genellikle hareketliliklerinde sınırlıdır ve aynı zamanda kendi ihtiyaçlarını temin etme ve toplumsal yaşama bağlantıyı koruma onlar için zordur.

Ev satın alma toplumsal bir sorumluluktur. Bu nedenle, gelecekte nasıl birlikte oturmak ve yaşamak istiyoruz sorusu ile ilgili federal devlette, eyaletlerde ve belediye kurumlarında programlar var. Federal Yaşlı Organizasyonları Birliği (Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen -BAGSO) yaşlı ve çok yaşlı insanlar için bir yaşam, özellikle geleceğe yönelik formlar geliştirmekte. Bu nedenle 2014 de, ayrıntılı bir pozisyon kağıdı "yaşlılıkta yaşam" düzenlendi. Şu şekilde: "yaşlanan bir toplumda yardım için artan ihtiyaç, gelecekte tüm kuşaklar, kültürler ve çevre insanların yerleşim alanlarında sosyal işbirliğinin tasarımında aktif olarak katılımları "giderek daha önemli olacak".Belediyelerde sosyal panlama ve kentsel gelişme görevi, müştereken sorumlu komşuluk bakım topluluğu (Caring Community) açısından sivil katılım alanına gerekli destek sağlamaktır."

Talepte özellikle:

1. Yaşlılıkta uygun Konut, örneğin, maliyet gelişimine yasal kira yardımı adaptasyonu, toplu konutun yeniden canlandırılması;
2. Engelsiz daire ve ev;
3. Yeni binalar ve tadilatlı binalarda erişilebilirlik için yasal dayanak;
4. Destekleyici yaşam çeşitliliği düzenlemesi; Komşuluk yardımı gerçekleştirilmesi;
5. Kalkınma ve genişleme teknolojisi tabanlı;
6. Destek Sistemleri; Erişilebilirlik için engelsiz bina imarında mimar ve ustaların hassasiyeti;
7. Bilgi, etkilenenler için danışmanlık ve destek;
8. Yaşlanma odaklı, güvenli ve aktif bir yaşam ortamı tasarımı,
9. Yeni sosyal, kültürel buluşma yerleri ve mevcut sosyal , kültürel buluşma yerlerinin yenilenmesi;
10. İşleyen bir toplu ulaşımın oturma yerleri yakınlarında kurulması;
11. Yerleşim alanlarına yakın, günlük ihtiyaç

tüketim malları ve hizmetlerin temini ile bağımsız yaşamı destek.

BAGSO Pozisyon kağıdında bu talepler daha ayrıntılı olarak açıklanmıştır. Aynı zamanda yerleşim alanlarında sosyal ağların teşvik edilmesi gerektiği vurgulanıyor. Bunlar, aile ve mahalle, toplum yaşam düzenlemeleri içermektedir. Konut yakınında uygun fiyatlı sosyal hizmetler gönüllü teklifleri gibi karşılama, tavsiye ve yardım kombinasyonu ile basit ve uygun fiyatlı destek ve güven sunmaktır .

Yaşlılıkta uygun fiyatlı konut konusu ile Bremen Yaşlılar Temsilciliği çalışma grubu İnşa, İkamet ve Ulaşım da ilgilenmektedir. Özellikle yerleşim alanlarında fırsatlar açısından bir Bakıcı Topluluk (Caring Community) oluşumuna yönelik çalışmalarda Pozisyon kağıdı BAGSO, değerli bir yardımcı olarak görülüyor.

(Kaynak: BAGSO, "yaşlılıkta İkamet - veya: Yarın nasıl yaşamak istiyoruz?", 2014 Bonn)

G. Feller

Yaşlılar ev ziyaretleri ile Sosyal Yardım çalışması

Bremen-Blumenthal Yeni teklifler

Yaşlılar ev ziyaretleri ile Sosyal Yardım çalışması aktiviteleri hakkında toplumsal katılım etkindir ve yardımcı olamaktır, kendi evcimenlik yaşamı mümkün olduğunca uzun süre korumak. Yaşlıların izolasyonu, kendi kendine yardım ve karşılıklı yardım güçlendirilmesi, counteracted edilebilir ve böylece vatandaşların ve paydaşların katılımı ile ilçesinde yaşlı yaşam kalitesi sitede geliştirmek için olabilir. Bu 15 Mart 21 9.Bremer Palyatif Kongresi kapsamında Bremer Glocke düzenlenen bir panelde sosyolog ve sağlık bilgisi-toplum aktivisti Prof. Annelie Keil, tarafından doğrulandı ve ötenazi konu ile ilgilenildi. Görüşme sırasında, diğerleri arasında geldi yaşlılıkta yaşam yorgunluğu ve dil yaşlı intiharları yükselen sayısı konuşuldu. Bu bağlamda Prof. Keil izolasyon ve umutsuzluk karşı tedbirler olarak yaşlılar ile yaşlı bakımı ve sosyal çalışmalarının önemine açıkça işaret etti.

Bremen yaşlılar temsilciliği yıllardır tüm Bremen ilçelerinde böyle aranjmanlar olmas için çalışıyor. Durchblick dergisi geçmiş başarıları raporlamıştı, şimdi bir başka başarıya bildirebiliyor. Şimdiye kadar teklif Oberveland, Hemelingen ve Gröpelingen bir dayanak kazanmıştır. Şimdi biz Blumenthal Bremen-Nord'da da yerleşmiş olduğundan mutluyuz. Bazıları belki bu kadar ama çok mütevazı bir başarı olduğunu diyecekler. Ama hepimizin bildiği gibi, "iyi bir şey biraz zaman itiyacı var". Proje devam alır ve yaşadığını, böylece karşılanması gereken koşullar, bir gecede



(Sayfa devamı 9)

yaratılmaz. Başlangıçta, yani 2008 yılından bu yana, 2012 yılında sosyal otorite tam zamanlı ve uygun şekilde gönüllü aktörlerin çalışmalarını doğruladı anlamına Obervieland ve Hemelingen iki model koştı. Bu Gröpelingen sosyal ALTENARBEIT- ev ziyaretleri katılım için uygulanan ve kısa bir süre sonra önce bir rapor sundu (bkz. Hayır Durchblick. 183, s.7 / 8). Şimdi Blumenthal SV Doris Mohr dördüncü site olarak izlediğini Yönetim Kuruluna 18:03:15 (SfSKJF, Ref. Aufsuchende Altenarbeit) belirtti. Yetkili koordinatörü, Bayan Aki Kazak, Vakıf köyünde Rönnebeck merkezli bir tam zamanlı uzman bulunmaktadır. Bu Bremen Ev Vakfı, altı mahalle, hizmet merkezi Blumenthal ve gelecekteki Lüssum ve kuşaklı evine çalışmalarında desteklenmektedir. Ana odak az veya hiçbir sosyal temas var yaşlılarda ev ziyaretleri, organizasyonundadır. Düzenli ziyaretler ilçesinde güvenilir temasların kurulmasını teşvik için tasarlanmıştır. Kuşaklar arası deneyim paylaşımı yoluyla tekrar dost ve yardımcı mahallelerde inşa edilecek. Gönüllü ziyaretçiler ayrıca talep üzerine mekanları ve olayları ve destek hakkında sizi bilgilendirebiliyor. Belirli endişeleri için, diğer yardımlar talep üzerine düzenlenebilir. Deneyim alır gönüllü personel ekibi, bir süredir göstermiştir ki bir zamanlar Kazak kadın, yaşlı ev ziyaretleri üzerine inşa etmek istiyor. Gelecek ziyaretçiler bağımsız zamanlama anlamlı ve uyarıcı görevi ile sunuluyor. Tabii ki, seyahat masrafları tazmin edilecek ve ekip eğitimi düzenli döviz ek olarak ziyaret edilebilir. Bremen-Nord birçok göçmen yaşıyor ve bu nedenle de ev aramaları için anadili ve tercüman bulmak için gerekli olabilir. Bremer kıdemli temsilcisi yeni Koordinasyon Birimi memnuniyetle karşılıyor ve kadın Kazak Blumenthaler ev aramaları genişleyen peşinde her başarılar diliyor. Biz birlikte Bayan Kazak başvurur, Blumenthal yaşlılar için bu aralıkta gönüllü katılmak isteyen yaşlılar istiyor. Biz de acilen gönüllü gönüllü arıyoruz. İletişim: Aki Kazak, Outreach Altenarbeit-ev ziyaretleri Blumenthal, Dillener Straße 1, 28777 Bremen, Tel.: 0421/69668551 veya blumenthal@aufsuchende-altenarbeit.de

Gönüllü çalışma için çağrı da kamuoyuna hedefleniyor. Blumenthal, aynı zamanda diğer ilçelerde sadece ve sadece diğer yerlere fahri gönüllü yaşlılarda değil, aynı zamanda gönüllüleri de memnuniyetle karşılıyor. Gerd Feller (AUFsuchENDE ALTENARBEIT HAUSBESUCHE – Neues Angebot in Bremen-Blumenthal, DURCHBLICK Nr.184, S.6)

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil
Editör: Zeynep Sümer
(Mit Unterstützung der Senatskanzlei,
Referat Integration)

Size ihtiyaç var!
Siz, birçok alanda yardımcı olabilirsiniz,
Deneyim paylaşımı,
Deneyim kazanma,
İnsanlar Anlama,
Daha iyi insanlar tarafından anlaşılma,
Sevinç paylaşma!

Engelli olmak işgücü piyasasında hiçbir engel olamamalıdır

Engelli insanlar çoğu işsizlik oranlarını ve istihdam ve meslek bulma vasıflı işçi sıkıntısı azalan dönemlerinde ayrımcılığa maruz - Genel Eşit Muamele Yasası (AGG) o kesinlikle yasaklamasına rağmen. "Siyaset, iş ve toplum işgücü piyasasında handikapların engel olmaması için herşeyi yapması gerekir", diyor Federal Antidiskriminierungsstelle (ADS) başkanı Christine Lüders, 3 Aralık'ta "Engelli Kişilerin Uluslararası Gününde". Mektupların ve telefon görüşmeleri çoğu sakatlıkları nedeniye ayrımcılığa uğrayan insanlar tarafından ADS danışmanlarına ulaşmakta. Çeyrek ayrımcılık "sakatlık" zemini ile ilgili tavsiyeler için tüm istekleri (yüzde 27.35), daha fazla. Örneğin, part time çalışan bir engelli, hastalık süreleri yüzünden kalıcı bir pozisyon elde edemeyen. Ya da bir vatandaş durumunda, işveren onun sakatlık sebebiyle erken emeklilik içine iterek kurtulmak isteyen. Özellikle sık sık engellilerin işveren bunları aşan ya da bu etkilenen kısa aramayı sonbahar görevleri atar fırsatlar reddedilir hakkında da ya da performans değerlendirmesinde ayrımcılığa uğradıklarını söyledi. "Almanya'da ciddi dahil almak ve tam güçle uygulanmasını mücadele şirketlerin birçok olumlu örnekler vardır. Herkes için adalet isteyen bir toplum, burada acil önlemler gerekiyor "Christine Lueders dedi. Ancak ne yazık ki, hala yanlış kanı yayılır, engelli işçiler iş gücüyle sunmak mümkün değildir ya da operasyon için bir yük haline gelebilir. "Dünya Engelliler Günü" anma günü olarak Birleşmiş Milletler tarafından 1993 yılında ilan edilmiştir. Bu engelli insanların sorunları konusunda bilinçlendirilmesi ve hala mevcut dezavantajları azaltılmasına katkıda bulunmayı amaçlamaktadır. ADS genel Benim Ağustos 2006'da Eşit Muamele Yasası (AGG) yürürlüğe girmesiyle birlikte kurulmuştur. Hukukun amacı ırk ayrımcılığını önlemek olduğundan veya etnik köken, cinsiyet, din veya inanç, engellilik, yaş ya da cinsel kimlik ya da ortadan kaldırır. Engelli olmak işgücü piyasasında hiçbir engel olamamalıdır. (Kaynak: PM der Antidiskriminierungsstelle des Bundes v. 02.12.2014) (Behinderungen dürfen keine Hürde auf dem Arbeitsmarkt sein, DURCHBLICK Nr. 184, S.8)